"Und dieser Schuman-Plan?" in Le Phare Dimanche (19. November 1950)

Legende: Am 19. November 1950 berichtet die Brüsseler Zeitung Le Phare Dimanche über den Stand der Pariser Verhandlungen zur Vorbereitung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS).

Quelle: Le Phare Dimanche. Hebdomadaire indépendant de Bruxelles & du monde. 19.11.1950, n° 255; 5e année. Bruxelles: Le Phare. "Et ce Plan Schuman?", auteur:Politicus.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:
http://www.cvce.eu/obj/und_dieser_schuman_plan_in_le_phare_dimanche_19_november_1950-de-e6d36877-10b5-4d05-9a0b-8f5e7631dc00.html

Publication date: 05/07/2016

Und dieser Schuman-Plan?

Die Delegierten der sechs Staaten, die dem „revolutionären“ Vorhaben von Robert Schuman ihre grundsätzliche Zustimmung gegeben haben, haben ihre Arbeiten letzte Woche in Paris wieder aufgenommen. Jean Monnet, der die Verhandlungen führt, obwohl zahlreiche französische Unternehmer und Politiker sich wiederholt lautstark gegen ihn gewehrt hatten, legte den Delegierten, die zweifelsohne damit gar nicht gerechnet hatten, ein weiteres Dokument vor, das wieder einmal eine Bilanz der Verhandlungen zog und einen gezwungenen Optimismus verbreitet, den zahlreiche Delegierte nicht teilen. Es gibt in den wichtigsten Fragen nämlich noch lange keine Einigung, und es scheint ziemlich klar, dass die anfängliche Begeisterung sehr viel differenzierteren Tendenzen gewichen ist. Nicht ganz ohne Grund. Zudem ist die Haltung der Regierung von Herrn Pleven zur deutschen Wiederbewaffnung nicht dazu angetan, die Dinge zu vereinfachen, vor allem auf politischer Ebene, wo Frankreich isoliert dasteht, weder zu seinem eigenen Vorteil, noch zum Nutzen irgend jemandes.

Mehr und mehr aber wird die Schuman-Idee − die in Washington sehr positiv aufgenommen worden war, weil sie einiges für die Stärkung der angeblichen westeuropäischen Einheit zu bieten hatte − vor allem auf französischer Seite von bestimmten politischen Hoffnungen getragen. Zweifelsohne wurden die wirtschaftlichen Aspekte des Problems nicht völlig vernachlässigt − das hätte nun wirklich gerade noch gefehlt −, aber es ist nicht weniger offensichtlich, dass diese Aspekte eher zweitrangig als Mittel denn als Ziel dienen: Es ist nicht verwunderlich, dass es eine starke Opposition gerade in den Kreisen gibt, die stärker an den wirtschaftlichen als an den politischen Aspekten des Planes interessiert sind. Damit meine ich die Vertreter der Berufsverbände, und vor allem im Hinblick auf Belgien die Vertreter der Bergbau-Organisationen, die Gelegenheit hatten, fundierte Stellungnahmen ohne jegliche stilistische Finessen zu Gehör zu bringen.

Für diese ist vor allem das Problem der unterschiedlichen Preise für Eisen- und Stahlerzeugnisse und Kohle nicht gelöst. Außerdem scheint es sehr unwahrscheinlich, dass sie sich in naher Zukunft in einer Weise annähern, die für alle Vertragsparteien zufrieden stellend wäre. Die Vorschläge, die den belgischen Delegierten insbesondere von den Franzosen und den Deutschen unterbreitet wurden und die bis zum Währungsdruck reichten (Entwertet, ihr habt schon Schlimmeres gesehen ! ...), ähnelten in allen Punkten einer kaum verhüllten Abkehr von den sozialen Bemühungen, denen das Land und vor allem seine Unternehmer zugestimmt hatten. Es hätte gerade noch gefehlt, dass einige gute französische Politiker, die sich gerne sozialistisch geben, uns vorwerfen, eine so umfassende Sozialversicherung zu besitzen, und gewisse andere Politiker − deutsche, dieses Mal − uns ihrerseits beschuldigen, uns liege so viel an unseren Arbeitern. Sei‘s drum …

Es geht weiter. Die Reden des Dr. Lehr, einer der wichtigsten Persönlichkeiten der deutschen Eisen- und Stahlindustrie, brachten bereits im September die Bestätigung dessen, was man als die deutsche Unbeugsamkeit bezeichnen kann. Dr. Lehr erinnerte daran, dass der Schuman-Plan die gleichen Produktionsbedingungen in allen Mitgliedstaaten vorsehe, den gleichen Zugang zu den Rohstoffen, den gleichen Lebensstandard, den gleichen Preis für die Stoffe, um die es gehe, und die Abschaffung der Zölle, und brachte die kategorische Ablehnung Deutschlands zum Ausdruck, dass die Preise für deutsches Eisen erhöht werden, um sich dem französischen Preisniveau anzugleichen. Er fügte hinzu: „Eine Erhöhung des Stahlpreises hätte spürbare Auswirkungen auf unsere Ausfuhren. Unser System der Löhne und Gehälter und unser Preissystem geriete aus den Fugen. Eine Inflation wäre unausweichlich.“ Die Tatsache, dass Dr. Lehr kurze Zeit später zum Minister ernannt wurde, unterstreicht die Tragweite seiner Äußerungen, die, obwohl sie auf die französischen Preise gemünzt waren, umso mehr auf die belgischen Preise zutreffen, da diese noch höher sind.

Nebenbei sollte die Grobheit bemerkt werden, mit der die Deutschen die Interessen ihrer in der Neuentstehung begriffenen Schwerindustrie verteidigen. Aber die jüngsten internationalen Ereignisse − vor allem die Rüstungspläne des Westens − stellen das Problem noch wieder ganz anders dar. So sehr übrigens, dass man leicht glauben kann, der Schuman-Plan als solcher habe keine Existenzberechtigung mehr − zumindest in der geplanten Form. Die jüngsten Erklärungen von Robert Schuman selbst − dessen Optimismus wir leider nicht teilen können − ändern an der Sache nichts. Es ist offensichtlich, dass die

Kohle- und Stahlgemeinschaft, damit sie etwas nützt, gemäß einem strengen Verfahren arbeiten muss. Der französische Außenminister spricht gerne von Flexibilität, was im Grunde genommen nichts heißt. Der Begriff entstammt eher der Diplomatensprache, und man kann nur hoffen, dass er keinen der Delegierten täuscht, die vor allem auf Grundlage von Zahlen und konkreten Tatsachen verhandeln sollen …

Wir befinden uns also an einem Punkt, wo die Frage der Absatzmärkte weniger wichtig ist als die der Rohstoffbestände. Andererseits stellen die amerikanischen Rüstungsvorhaben die europäischen Wirtschaftsaussichten auf den Kopf, weil sie in gewisser Hinsicht die Mittel, über die jedes betroffene Land verfügt, binden. Da der Schuman-Plan nicht existiert, scheinen die Amerikaner dies anderweitig nicht zu berücksichtigen. Was übrigens auch in gewisser Weise den französischen Widerstand gegen das Acheson-Marshall-Vorhaben erklärt. Das ist der derzeitige Stand der Dinge.

Unter Berücksichtigung des oben Gesagten ist es offensichtlich, dass die Meinung, die in den deutschen Unternehmer- und anderen Kreisen überwiegt, eine außerordentliche Bedeutung erhält. Es ist nicht schwer vorherzusagen, dass in den Gesprächen seit September vor allem Deutsche und Franzosen einander gegenüberstehen, da die Belgier in gewisser Hinsicht erst intervenieren können, wenn genau bekannt ist, was sich aus diesen harten Verhandlungen ergibt. Aber obwohl die Deutschen immer noch eine mögliche politische Annäherung an Frankreich befürworten, sind sie immer mehr gegen die Einrichtung eines Ausgleichsfonds, der sie ihrer Ansicht nach verpflichten würde, jährlich 600 Millionen Mark für die Kohle und ca. 200 Millionen für den Stahl auszugeben. Anders gesagt: Die natürlichen Vorteile des Ruhrgebiets würden zu einem Zeitpunkt benachteiligt, wo die deutsche Handelspolitik sich gerade ausschließlich auf die niedrigen Preise der Fertigprodukte stützt; dieser Wettbewerb richtet sich gegen die Pariser Partner und oft sogar gegen die Vereinigten Staaten. Wir haben es vor kurzem gesehen, als der Auftrag für die Lieferung von Lokomotiven nach Südafrika per Versteigerung vergeben wurde.

„Wir hoffen, eine Einigung zu finden“, antwortet man in Paris den Journalisten, die einigen offiziellen Vertretern gegenüber die Frage nach den Ausgleichszahlungen für die Gestehungskosten für Kohle stellen. Natürlich! Aber wie soll man sich einigen, während auf den Weltmärkten der Mangel an Brennstoffen so ausgeprägt ist, dass man gar nicht mehr über die Schließung selbst defizitärer Minen spricht? Einige „gut informierte“ Kreise berichteten letzte Woche über die Möglichkeit, dass der endgültige Vertrag noch vor Ende des Jahres aufgesetzt werden könnte. Man darf sich fragen, ob das nicht ein bisschen zu voreilig wäre. Beim derzeitigen Stand der Dinge bleibt der Schuman-Plan nichts als ein großes Fragezeichen.

Ein Fragezeichen, das weiter träumen lässt …

POLITICUS.